



DER ROTE SPATZ

Informationsblatt des Dessauer SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Zeit ist wieder sehr schnell vergangen. Politisch haben uns die Ergebnisse der drei Landtagswahlen im Osten auch voll im Griff. Die Wahlergebnisse haben gezeigt, dass der Osten anders tickt als der Westen. Der AfD ist es gelungen, vor allem bei der Jugend Stimmen zu holen und ihr Wahlergebnis der letzten Jahre damit noch zu verbessern. Das BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht) hat aus dem Stand so viele Wählerstimmen erhalten, dass sie jetzt Schwierigkeiten bekommen wird, die neuen Posten zu besetzen und Basispolitik zu betreiben.

Die CDU hat sich in diesen Landtagswahlkämpfen mal wieder von ihrer schlechtesten Seite gezeigt. Hinzu kommt, dass die Nominierung von Herrn Merz zum Kanzlerkandidat schon zu einigen politischen Verwerfungen geführt hat. An die Totalopposition in der Bundespolitik hat man sich ja schon gewöhnt, nun aber noch die Aussage, dass CDU/CSU für die Bundestagswahl eine Koalition mit den Grünen ausschließen. Jede demokratische Partei muss in der Lage sein, mit allen anderen demokratischen Parteien eine Koalition zu bilden, wenn es um die Bewahrung der Demokratie geht.

Christine Walther, Daniel Kutsche, Daniela Koppe, Robert Hartmann, Joachim Volger und Daniel André Bräsecke

Auswertung der Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen

Christine Walther

Bei der Landtagswahl in Sachsen erhält die CDU die meisten Stimmen, in Thüringen gewinnt die AfD. Es wird in beiden Bundesländern schwer werden mögliche Koalitionen zu bilden.

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) kann sich nicht vorstellen, nach der Landtagswahl in den nächsten Wochen Koalitionsverhandlungen mit Sarah Wagenknecht persönlich zu führen. Eine Gruppe von CDU Mitgliedern möchte einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit dem BSW. In Thüringen soll aber trotzdem zwischen CDU und BSW verhandelt werden.

Die SPD hatte am Sonntag in Thüringen und Sachsen mit 6,1 und 7,3 Prozent ihre bisher schlechtesten Wahlergebnisse erzielt. Das Ergebnis in Thüringen war sogar das schlechteste bei einer Landtagswahl überhaupt. Danach hatte es vereinzelt offene Kritik an der Parteiführung gegeben.

Neben der Migrationsfrage und dem Ampelfrust war Frieden das wichtigste Thema dieser Landtagswahlkämpfe.

Sachsens amtierender Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) will trotz schwieriger Koalitionsverhandlungen keine Minderheitsregierung. "Eine Minderheitsregierung setzt sehr viel Entgegenkommen voraus", sagt Kretschmer.

Das Wahlergebnis zeigt ein erschreckendes Ausmaß an Gleichgültigkeit gegenüber dem Gemeinwesen. Diese Entwicklungen sind beunruhigend, denn sie zeigen, wie viele Menschen sich zunehmend vom politischen Leben und der damit verbundenen Verantwortung entfernen. Ein Gemeinwesen kann aber nur dann funktionieren, wenn seine Bürger aktiv an dessen Gestaltung und Erhalt teilnehmen. Die Medien waren schnell bei der Klärung der Schuldfrage. Die Ampelregierung und die Migrationspolitik sollen erhalten.

Jedoch ist die Politik der aktuellen Bundesregierung nicht so schlecht wie dargestellt. Den Leuten geht es trotz der vielen Krisen in der Welt relativ gut. Trotzdem ist die Stimmung negativ. Die Ursache liegt auch darin, dass selbst in den Medien die Politik schlecht geredet und lächerlich gemacht wird. Die Menschen glauben, was AfD & Co. von sich geben. Leider schafft es unsere Regierung einfach nicht, ihre Erfolge, Fortschritte und Linien außenwirksam darzustellen.

Neben der Migrationsfrage und dem Ampelfrust war Frieden das wichtigste Thema dieser Wahlkämpfe. Die Ostdeutschen wünschen sich mehrheitlich größere diplomatische Anstrengungen von der Bundesregierung, den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu beenden. So ist zu erklären, warum es dem BSW gelang, nicht nur der AfD die Spitze zu nehmen, sondern auch Wählerinnen und Wähler aus dem Lager der Ampelparteien auf seine Seite zu ziehen. Der Wunsch nach einer anderen Politik gegenüber Russland zieht sich demnach weit ins demokratische Lager Ostdeutschlands hinein.

Ein Teil der Bürger wählt die AfD aus Überzeugung. Und wer diese aus Protest gewählt hat, hat entweder nichts verstanden und meint, man könnte mit Benzin ein Feuer löschen. Oder er nimmt wissentlich die Zerstörung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung in Kauf. Das gleiche gilt für BSW-Wähler. Es bleibt dabei, wer Nazis wählt, ist letztendlich ein Nazi.

Die Zahlen aus Thüringen und Brandenburg offenbaren, dass vor allem die Jugend in der absoluten Mehrheit die AfD gewählt hat. Ich schließe mich der Meinung an, dass die Orientierung der AfD auf die Jüngeren über die sozialen Medien wie Telegram oder Tiktok sehr erfolgreich war.

Herr Kretschmer hat sich im Landtagswahlkampf weit von den Haltungen der Bundes-CDU entfernen müssen, vor allem in der Frage des Verhältnisses zu Russland. Künftig mit dem BSW zu koalieren, mag das eine sein. Selbst so russlandfreundliche Positionen zu beziehen wie er, ist noch einmal etwas anderes. Ebenso wurde nach der Wahl viel zu wenig honoriert, dass der überwiegende Teil der Menschen in Sachsen und Thüringen ihr Kreuz bei einer demokratischen Partei gemacht hat. Die Wahlbeteiligung war so hoch wie seit den Neunzigern nicht mehr.

Merz stellte dabei unter anderem die später revidierte Forderung, eine "nationale Notlage" auszurufen oder Geflüchtete an den deutschen Grenzen zurückzuweisen, was gegen EU-Recht verstoßen würde. Mit seinem ursprünglichen Vorhaben, die AfD zu halbieren, ist er jedoch gänzlich gescheitert.

Die FDP ist in den Wahlen abgestürzt. Das wurde in den Medien kaum thematisiert. Eine richtige Schlussfolgerung fehlt aber. Statt konstruktiv in der Ampelregierung mitzuarbeiten, bieten sich jetzt einige Mitglieder der CDU an.

Olaf Scholz betonte in einer Rede vor dem Bundestag: Die Wahlergebnisse bei AfD und den Rechtspopulisten sind bedrückend. Ihr Menschenbild und Frauenbild ist von gestern. Wir werden alles dafür tun, dass diese politische Formation wieder an Bedeutung verliert.



Weihnachten im Sitzen

Ein Termin zum Vormerken für Ende November

am Samstag, 30.11.2024 um 19:30 Uhr
im Kornhaus Dessau:

Ein Abend mit der Gruppe „Triple Trouble“ und
lustiger Musik zum Einstimmen auf die Ad-
ventszeit.

Über die Medien

Christine Walther


Guter Journalismus ist angesichts knapper Kassen auch bei den Öffentlich-Rechtlichen Sendern immer weniger möglich. Alles wird auf Wirtschaftlichkeit überprüft und unterliegt finanziellen Zwängen. Gute Recherche wird daher immer weniger möglich. Die Auflagenhöhe spielt eine entscheidende Rolle.

Die Leser gewinnen immer mehr den Eindruck, dass die Objektivität und die Sachlichkeit in den Medien abnehmen. Es wird vieles hochgepuscht und Konflikte werden verschärft dargestellt, um die Auflagenhöhe der Zeitungen zu steigern.


Die Information der Bevölkerung wird über die einschlägigen Medien, wie Zeitung und TV vorgenommen. Neu hinzugekommen sind die sozialen Medien und das Internet. Auch die politischen Parteien nutzen diese Mittel zur Aufklärungsarbeit und sachlichen Berichterstattung. Aber auch die Demokratiefeinde wissen um den Einfluss der Medien und versuchen Verunsicherungen durch Desinformation, Übertreibungen und Unwahrheiten zu schüren. Junge Menschen, die sich noch Wissen und Erfahrungen aneignen müssen, können dadurch am leichtesten verführt werden.

Die Rechtsextremisten nutzen die Angst der Menschen gezielt als Strategie, um ihre ideologischen Ziele zu fördern und Einfluss zu gewinnen. Sie manipulieren Ängste, insbesondere in Bezug auf Migration, wirtschaftliche Unsicherheit und gesellschaftliche Veränderungen, um irrationales Verhalten zu erzeugen. Durch das Schüren von Ängsten positionieren sie ihre eigenen Überzeugungen als Lösung für vermeintliche Bedrohungen und stärken damit ihre ideologische Strahlkraft.

Gleichzeitig trägt das Schüren von Angst zur Polarisierung der Gesellschaft bei, indem es eine „Wir gegen die“-Mentalität erzeugt, die ihre Anhänger näher zusammenschweißt und andere Gruppen dämonisiert. Die Angst motiviert Menschen, aktiv zu werden, sei es durch Teilnahme an Demonstrationen oder die Unterstützung extremistischer Parteien. Desinformation wird ebenfalls häufig eingesetzt, um Ängste zu verstärken und ein Klima der Furcht zu schaffen. Durch diese Taktiken hoffen Rechtsextremisten, ihre Anhängerschaft zu vergrößern und ihre politischen Ziele voranzutreiben. Es ist wichtig, diese Strategien zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken, um eine offene und tolerante Gesellschaft zu fördern.



Guter Journalismus ist angesichts knapper Kassen auch bei den Öffentlich-Rechtlichen Sendern immer weniger möglich. Die Auflagenhöhe spielt eine entscheidende Rolle.



Hinzu kommt, dass die CDU wesentlich besser in den Nachrichten dargestellt wird, als das real der Fall ist. Negative Nachrichten werden heruntergespielt oder kaum veröffentlicht. Positive Beispiele hingegen hochgelobt. SPD-freundliche Beiträge findet man leider selten. Ich würde fast schon von einem Niedergang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seinem Qualitätsanspruch an die journalistische Berichterstattung sprechen.

Schon vor der Wahl und besonders seit der Wahl in Sachsen und Thüringen trägt die CDU mantraartig vor, dass allein die Ampel Schuld am Erstarken der Rechtsextremen trage. Diese Analyse ist schlicht unzureichend.

Mehr interessante Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.derrotespatz.de

Klar ist, dass die Ampel mit Sicherheit ob ihrer ständigen Streiterei ihren Beitrag zu solchen Ergebnissen leistet. Klar ist aber auch, dass die CDU als größte Opposition davon kaum profitieren kann. 50 Prozent der CDU-Wähler gaben sogar an, dass sie die Partei nicht aus Überzeugung wählen, sondern nur, um das größere Übel zu verhindern.

In Summe muss man also zu dem Schluss kommen, dass sowohl die Ampel als auch die CDU besser jeweils vor der eigenen Haustüre kehren sollten, als den Versuch zu unternehmen, den Müll dem jeweils anderen vor die Haustür zu schieben.

Schuldzuweisungen und das Schlechtreden der Regierung gehören zur Strategie der Union. Sie sollen davon ablenken, dass die Partei weder ein Konzept noch einen Plan für unsere Zukunft besitzt. Sie sollen auch von den Versäumnissen bezüglich Infrastruktur und zukünftiger Energieversorgung ablenken, die Merkel und ihre rückständige Union uns hinterlassen haben. Leider werden ihre Botschaften von den Medien verstärkt, weil wir als SPD es versäumen, Meinungsführerschaft zu beanspruchen, um dagegen zu halten.

Mindestens genauso wichtig ist die Medienkompetenz der Deutschen. Deutschland ist leider ein Entwicklungsland, was Medienkompetenz betrifft. Wir brauchen Medienkompetenz als tägliches Pflichtfach (mit Schwerpunkt Desinformationskampagnen) in Schulen wie z.B. in Finnland, gegen rechte und russische Desinformationskampagnen (Trollfabriken, Halbwahrheiten, Fake-News, usw.). So ein Schulfach Medienkompetenz (Schwerpunkt Desinformationskampagnen) wäre vielleicht politisch noch einfacher umzusetzen, als es dem Bürger immer in allem recht zu machen.

Medienpädagogen und Extremismusforscher sagen, dass Medienkompetenz auch vor Radikalisierung schützt. Krisen wird es immer geben und demokratiefeindliche Akteure, die versuchen daraus Kapital zu schlagen, und deswegen muss die Gesellschaft resilient gegen Desinformationskampagnen werden.

Alle demokratischen Parteien sollten dieses Thema mit ganz nach oben auf ihre Agenda setzen.

Zum Schluss kommt man eigentlich zu der Erkenntnis, dass man in diesem Landtagswahlkampf von einem Versagen der Medien im Umgang mit der Demokratie sprechen kann.

Vorstandswahl im SPD-OV-Roßlau



Am Mittwoch, 11.09.2024 wählten die Mitglieder des SPD-Ortsvereines Roßlau ihren neuen Vorstand. Als Vorsitzender löst René Stürmer die langjährige Vorsitzende Sylvia Gernoth ab, welche nicht noch einmal für die Wahl zu einem Vorstandsposten antrat. An seiner Seite wird zukünftig Franziska Brockmüller als Stellvertreterin zur Verfügung stehen. Jan Mußmann wurde als Schatzmeister wieder bestätigt.

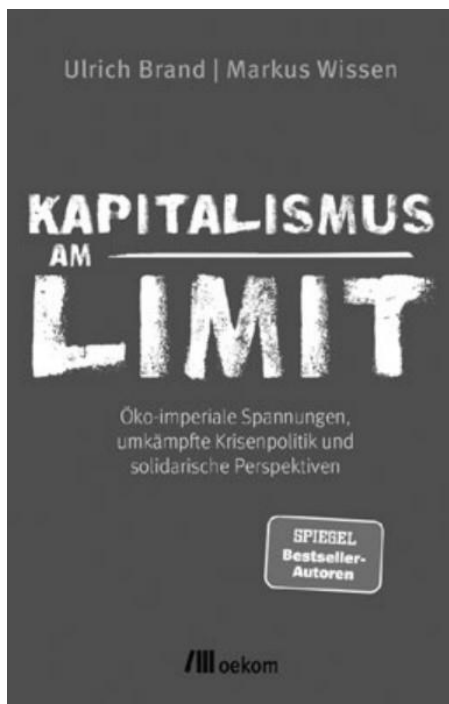
Ein besonderer Dank geht an Sylvia Gernoth für 13 Jahre Vorsitz des Roßlauer SPD-Ortsvereines und ihre Verdienste für unseren Ortsverein.

BUCHTIPP

Analyse der Gegenwart - Veränderungen sind nötig, auch am Kapitalismus –

Heike Langenberg; Text aus dem Infoblatt: Verdi News Nr. 12

Die Herausforderungen vor denen die Welt zurzeit steht, sind groß. Klimawandel, autoritäre Politiker*innen, der Kampf um Verteilung und Gerechtigkeit, Kriege, das sind nur einige der Stichworte. Sie zeigen aber auch, dass der Kapitalismus an seine Grenzen gerät. Diese Krisen setzen ihn unter Druck. Sie zeigen aber auch, dass alles mit allem zusammenhängt. Der Klimawandel wirkt sich zum Beispiel aus auf die Verteilung von Ressourcen, das wiederum führt zu Verteilungskämpfen, zu Wanderungsbewegungen. Zudem wächst der Unmut, dass es (noch) Regionen gibt, die über ungleich mehr von Ressourcen und damit auch Wohlstand verfügen. Ulrich



Brand und Markus Wissen analysieren in ihrem Buch die Gegenwart. Sie zeigen auf, wie der Kapitalismus zunehmend an seine Grenzen gerät. Ihr Rat: „Letztendlich kommt es darauf an, die politischen Handlungsmöglichkeiten dadurch zu erweitern, dass die sie einschränkenden gesellschaftlichen Verhältnisse überwunden werden: Verhältnisse, die nicht nur die Natur und nicht menschliche Lebewesen in großem Stil zerstören, sondern in denen auch der Mensch als Teil der Natur ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“, schreiben sie, letzteres ist ein Zitat von Karl Marx. Das hört sich erst einmal sehr groß an. Die beiden Autoren beginnen mit einem klaren Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und als selbstverständlich hingegenommene Logiken. Schließlich kommt es nicht von ungefähr, dass immer mehr Krisen derzeit aufploppen. Was wie eine zufällige Häufung wirken könnte, ist vielmehr ein Ergebnis eines langen Aufschiebens notwendiger Veränderungen. Ungerechtigkeit in der Verteilung von Ressourcen ist ein jahrhundertaltes Problem, doch auch durch Globalisierung und verbesserte technische Möglichkeiten – Stichwort Digitalisierung – wachsen Selbstbewusstsein und Wissen in benachteiligten Regionen. In ihrem letzten Kapitel zeichnen Brand

und Wissen auch Perspektiven auf. Ein Beispiel stammt aus Deutschland, aus Lützerath, um genauer zu sein. Das Dorf, das dem Braunkohletagebau weichen musste, ist ein Symbol. Der Abbau setzt noch auf eine veraltetete Technologie: die Braunkohle. Hätte man sich früher Gedanken gemacht um Alternativen, hätte das Dorf bleiben können. Es hätte aber zugleich Umstellung bedeutet, Veränderungen. Nur scheint vielen nicht klar zu sein, dass grundlegende Veränderungen nötig sein werden. Daher lohnt es sich, dieses Buch zu lesen.



Den Geburtstagskindern im Oktober herzlichen Glückwunsch!!

Jürgen Thielemann, Bernd Hünecke, Franz Becker, Silke Eichelberg, Daniel André Bräsecke, Gerhard Sodtke, René Stürmer, Olesja Brückel, Abu Naser Uddin

Der **ROTE SPATZ** zwitschert :



„ Deine Kompetenz und Dein Engagement ist gefragt –
**Komm doch mal wieder zur
Ortsvereinsitzung**
und gestalte aktiv Deine politischen Themen! “

Impressum

DER ROTE SPATZ wird an alle Mitglieder SPD-Ortsvereine Dessau-Roßlau versendet. Darüber hinaus steht das Blatt auf der Seite <https://www.spd-dessau-rosslau.de/> zum Download bereit.

Herausgeber ist der SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau.

Postadresse: Hans-Heinen-Str. 40, 06844 Dessau-Roßlau.

Redaktion: Robert Hartmann, Daniel André Bräsecke, Daniela Koppe, Joachim Volger, Christine Walther, Daniel Kutsche
Einsendungen bitte an: cut.walther@hotmail.de

Redaktionsschluss ist jeder 20. des Monats.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Die Redaktion behält sich das Recht zu Kürzungen vor.

Im Übrigen geben die Artikel in erster Linie die Meinung der Autoren, nicht aber in jedem Fall die der Redaktion wieder.

Termine

SPD-OV-Süd,

Do., 10.10.2024, 18:00 Uhr in der „Jägerklausur“

Landesparteitag,

Fr., 18.10. – Sa., 19.10.2024,
Quedlinburg, im Palais Salfeldt

SPD-OV-SiZiKü,

Di., 22.10.2024, 18 Uhr, AWO-Geschäftsstelle

Mehr interessante Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.derrotespatz.de